

ZIVILGESELLSCHAFT UND SOZIALE DIENSTE

Heiner Keupp

Vortrag am 26.11.1998 beim 23. Tübinger Sozialpädagogiktag in Tübingen

Phasen gesellschaftlicher Veränderung spüren wir vor allem dadurch, daß die bislang als selbstverständlich angesehene Ordnung ihre Selbstverständlichkeit zu verlieren droht. Der Grundriß unseres Denkens und Handelns, der uns die Illusion einer unverrückbaren natürlichen Ordnung ermöglicht hat, wird in Frage gestellt werden. In einer solchen Phase der Irritation befinden wir uns. Diese Verunsicherung stellt die Grundprämissen der hinter uns liegenden gesellschaftlichen Epoche grundlegend in Frage, in der wir - wie Burkart Lutz es schon 1984 aufgezeigt hat - uns den „kurzen Traum immerwährender Prosperität“ geleistet hatten.

Zu diesen Grundprämissen gehörte die Vorstellung, daß gute psychosoziale Hilfe- und Dienstleistungen eine möglichst hochentwickelte Professionalität der Leistungen verlangt. Gegenüber einem Psychowildwuchs, der sich in den 70er und 80er Jahren entwickelte und der einen fragwürdigen Markt eröffnet hat, war die Formulierung hoher professioneller Standards sinnvoll und notwendig. Aber die Vorstellung, daß eine immer bessere Qualität als Resultat einer fortschreitenden und möglichst durchgängigen Professionalisierung von Hilfeleistungen zu erwarten ist, ist in den letzten Jahren vielfach in Frage gestellt worden:

(1) Eine wachsende Selbsthilfebewegung hat ihren kritischen Ausgangspunkt in dem nichteingelösten Versprechen der allumfassenden Wirksamkeit professioneller Lösungsangebote. Selbsthilfegruppen haben ihren Ausgangspunkt oft in Enttäuschungen, die NutzerInnen professioneller Dienstleistungen erleben und sie zeigen häufig, daß sie für sich selbst die besseren Lösungen in Selbstorganisation entwickeln können.

(2) Professionelle Lösungen fördern häufig eine passive KonsumentInnenhaltung durch fertig geschnürte Hilfpakete und erzeugen damit ein System der „fürsorglichen Belagerung“. Die Folge ist eine „Enteignung“

von Problemlösungskompetenzen auf der Seite der Abnehmer dieser Fertigpakete.

(3) Das professionelle System teilt mit allen komplexen institutionellen Geflechten ein hohes Maß an Eigenbezüglichkeit: Das Kompetenzgerangel der unterschiedlichen Anbieter, die Zuständigkeitskämpfe der Professionen und Träger verbraucht sehr viel mehr Ressourcen, als die Orientierung an den alltäglichen Problemlagen der potentiellen oder aktuellen NutzerInnen.

(4) Unter den Vorzeichen knapper werdender öffentlicher Ressourcen ist das in der Prosperitätsphase häufig praktizierte Prinzip der Qualitätsverbesserung durch Ausweitung des Hilfesystems an seine Grenzen gestoßen. Die Beantwortung der Qualitätsfrage bleibt nicht mehr in der Souveränität der professionellen Anbieter selbst und ihrer wissenschaftlichen Unterstützersysteme, sondern wird an externe Kriterien gebunden, die meist betriebswirtschaftlich ausgelegt sind.

Das psychosoziale System hat seine heutige Gestalt vor allem in der 60er, 70er und 80er Jahren angenommen. Ein gewaltiger Professionalisierungsschub hat zu einer Vermehrfachung von professionellen HelferInnen geführt. In ihren Selbstlegitimationen haben sie Reformziele formuliert, die gleichwohl in die Grundstruktur bewährter sozialstaatlicher Lösungsmuster eingefädelt wurden. Mehr als hundert Jahre Sozialstaat haben sich in unseren Erwartungen an und Haltungen zur Sozialpolitik als Muster festgesetzt. Die *bestehende Sozialpolitik* wird von spezifischen Leitbildern und Menschenbildannahmen geprägt, die wie konditionierte Reflexe funktionieren. Ihre kritische Überprüfung ist überfällig:

(1) "Kinder in Not": Ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen gegenüber, die unfähig sind, ihr eigenes Leben zu bewältigen, ist sozialstaatliche Hilfe erforderlich. Die Konstruktion von Fürsorglichkeit ist die Basis der Produktion einer Haltung "fürsorglicher Belagerung".

(2) "Entstörung": Sozialpolitik hat die Funktion sozialer Kontrolle abweichenden Verhaltens zu erfüllen. Unangemessene Verhaltensweisen/Persönlichkeitsstrukturen sind zu korrigieren oder zu therapieren bzw. veränderungsresistentes Störpotential ist so zu verwalten, daß es gesellschaftlich möglichst wenig Schaden anrichtet.

(3) "Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen": Sozialpolitik wird wirksam, wenn sich Probleme manifestiert haben. Dieses "kurative Modell" konzentriert sich auf Kompensation/Reparatur von Krankheit, Behinderung, psychischen Störungen.

(4) "Symptomträger ist immer das Individuum": Dienstleistungen staatlicher Sozialpolitik erfordern die Individualisierung der Probleme. Nur Notlagen, Symptome oder Leidenszustände, die eine einzelne Person geltend machen kann oder ihr zugerechnet werden können, sind sozialstaatlich bearbeitbar.

(5) "In den Blick gerät nur, was eine Person" nicht kann. Sozialstaatliche Leistungen gehen immer von Defiziten und nicht von Ressourcen aus.

Die Maßnahmebündel und Dienstleistungen, die aus diesen Annahmen folgen, haben keinen unwesentlichen Anteil an der immer wieder kritisch konstatierten passiven und individualistischen Konsumhaltung der BürgerInnen der Bundesrepublik gegenüber den wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. In manchen Kritiken werden sie wie verwöhnte Wohlstandskinder karikiert, die nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien, aber nicht dazu bereit wären, etwas für die Gemeinschaft zu geben. Die individualistische Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ist aber letztlich in der Logik bestehender sozialpolitischer Leistungsstrukturen selbst begründet: Kodifiziert sind an individuelle Leistungen gekoppelte individuelle Rechtsansprüche auf staatliche Risikosicherung. Bestehende Sozialpolitik sozialisiert die BürgerInnen zu einer solchen Haltung. Diese Sozialisationsfunktion staatlicher Sozialpolitik steht offensichtlich in Zeiten neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Disposition und wird demontiert. Allerdings in Form einer völlig unangemessenen Kritik an den NutzerInnen der Leistungen staatlicher Sozialpolitik.

Eine alternative Herangehensweise an ein Zukunftsprojekt Sozialpolitik müßte stattdessen von jenen basalen Prozessen ausgehen, die mit der genaueren Analyse alltäglicher Lebens- und Krisenbewältigung ins Zentrum rückten. Eine zentrale Aufgabe von Sozialpolitik ist die Herstellung bzw. die Ermöglichung gesellschaftlicher Solidarität. Wenn dies konsensfähig ist, dann zielt die nächste Frage auf die sozialpsychologischen Bedingungen von Solidarität im Alltag, nennen wir es "Alltagssolidarität".

Hiermit begeben wir uns auf die Ebene des alltäglichen Umgangs mit Krisen, Risiken, Krankheiten und Behinderungen und dem individuellen oder mikrosozialen Umgang mit diesen Problemlagen: Welche Ressourcen können aktiviert werden, um mit ihnen möglichst effektiv umgehen zu können? In der Erforschung dieser Prozesse ist die zentrale Bedeutung sozialer Netzwerke ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die Bewältigung von Problemlagen wird entscheidend von den sozialen Unterstützungsressourcen bestimmt, die aus dem jeweiligen Netzwerk mobilisiert werden können. Jede sinnvolle Gesundheitsförderung oder präventive Sozialpolitik muß deshalb auch Netzwerkförderung sein. Die heute relevanten Netzwerke sind in abnehmendem Maße die "traditionellen Ligaturen", also Familie, Verwandtschaft oder Nachbarschaft. Sie verlieren in dem tiefgreifenden Prozeß an gesellschaftlicher Individualisierung an Gewicht. Bedeutsamer werden dagegen neue Formen des Knüpfens sozialer Netzwerke: "Posttraditionale Ligaturen" oder "Gemeinschaften". Darunter sind Selbsthilfegruppen, selbstorganisierte Initiativen, Freiwilligenagenturen, aber auch Mütterzentren.

Meine weiteren Überlegungen möchte ich exemplarisch an meinem eigenen hauptsächlichen Lernfeld, der Psychiatriereform der 70er und 80er Jahre, aufzeigen. Die Vorsilbe „Sozial-“ in der Sozialpsychiatrie hatte uns damals Identität und eine kämpferische Perspektive ermöglicht und gleichzeitig hat sie etwas Beunruhigendes, vor allem dann, wenn - wie gegenwärtig - dieses „Soziale“ so unklar wird. Jedenfalls setzt es uns unter den Anspruch, immer wieder von neuem das „sozialpsychiatrische Projekt“ zu reflektieren. Als wir unseren Verband gründeten, standen wir am Beginn einer gesellschaftlich-ökonomischen Aufschwungphase, die es nahelegte, die Reform der ausgrenzenden traditionellen Psychiatrie auf die Tagesordnung zu setzen. Die Arbeitsmärkte schienen ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten zu offerieren und es wurde zu einer realistischen Option, möglichst vielen Menschen, auch und gerade solchen mit schweren lebensgeschichtlichen Hypotheken, Integrationsmöglichkeiten in diese Arbeitsmärkte zu verschaffen. Ausgrenzung sollte durch „Rekommunalisierung“ überwunden werden und die Arbeitsintegration war ein bevorzugtes Ziel. Natürlich gab es auch den Diskurs über die „krankmachende“, zerstörerische Qualität von Arbeit, aber der damals so offensiv angelegte Versuch einer „Humanisierung der Arbeitswelt“ schien diesem Diskurs seine Bedrohlichkeit zu nehmen. Wir hatten jedenfalls auch als

„sozialpsychiatrisches Projekt“ auf die normalitätsspendende Kraft der „Erwerbsarbeit“ gesetzt, jener Zivilreligion des Kapitalismus.

In jener Zeit hatte Jürgen Ruesch einen ganz anderen Blick auf das geworfen, was er „postindustrielle Gesellschaft“ nannte. Jürgen Ruesch ist einer der Profiliertesten aus der Gründerzeit der amerikanischen Sozialpsychiatrie. Zusammen mit Gregory Bateson hat er 1951 einen klassischen Versuch unternommen, die Sozialpsychiatrie als systemische Perspektive zu begründen (1995 wurde dieses Buch unter dem Titel „Kommunikation. Die soziale Matrix der Psychiatrie“ endlich auch ins Deutsche übersetzt). Dieser Jürgen Ruesch hat 1969 auf einer Tagung der „World Federation for Mental Health and Social Psychiatry“ zum Thema „Auf dem Weg zur gesunden Gemeinde“ einen Vortrag gehalten, den ich 1972 erstmals gelesen habe. Ich hatte damals das Gefühl, einen science fiction-Text zu lesen, der in der Gegenwartsdiagnose grob daneben langt und eine Mentalität formuliert, die aus der Orwellschen Mottenkiste stammt. Ich habe diesen Text wieder entdeckt und es hat mich auf ganz andere Weise gebeutelt, als damals. Ich habe den Eindruck, daß Ruesch einen erstaunlichen Weitblick hatte, seine Prognostik traf vieles, womit wir heute konfrontiert sind und die Frage ist, ob wir in der Lage sind, uns seinen Empfehlungen zu entziehen und eine alternative Perspektive zu entwickeln.

EINE HORRORUTOPIE, DIE (FAST) WIRKLICHKEIT GEWORDEN IST

Von allen Seiten werden wir gegenwärtig mit der Diagnose konfrontiert, daß uns die Arbeit ausgehen würde. Das Erwerbsarbeitsvolumen würde weiter drastisch sinken, und das unabhängig von günstigen ökonomischen Prognosen. Jürgen Ruesch hat in Zeiten, als wir noch von der Realität einer Vollgeschäftigungsgesellschaft geprägt waren und dem „Traum immerwährender Prosperität“ anhängen und nicht wahrhaben wollten, daß er nur ein kurzer sein würde (so Lutz 1984), eine ganz andere Sicht entwickelt.

Für ihn zeichnete sich eine „postindustrielle Gesellschaft“ ab, in der - auf der Basis von Atomenergie und Automation - nur noch eine kleine Kerngruppe, die „neue Elite“, benötigt wird, um ein hohes Niveau von Produktivität zu sichern: „seit die Maschine alle niederen Arbeiten verrichtet und wir über unerschöpfliche Energiequellen verfügen, hat die physische Lei-

stung an Wert verloren, dagegen stehen heute rationales Denken und der Zugang zu Informationen hoch im Kurs. Unglücklicherweise verfügen aber nicht alle über die nötige Intelligenz, komplexe symbolische Systeme zu überschauen und haben auch nicht von klein auf in einem für eine solche Entwicklung günstigen Milieu gelebt“ (1972, S. 83).

So langsam geht der Sozialpsychiater in die Startlöcher, es beugt sich der Arzt über dieses Gebilde der „postindustriellen Gesellschaft“ und zunächst gilt es zu diagnostizieren: Wie groß ist diese neue Elite und vor welchen sozialen Pathologien muß sie geschützt werden? Nach der Bildung unterschiedlicher Indikatoren, quantitativen Schätzungen und Gruppenbildung kommt ein Schalenmodell der Gesellschaft heraus, in dessen Zentrum eine kleine Führungs- und Produktionselite plaziert ist, in einer nächsten Schicht geht es um den Bereich wichtiger Dienstleistungen und dann kommt der große Bereich der „Nicht-Arbeitswelt“. Ruesch liefert folgende Zahlen für diese Gesellschaft: „... der Kern (umfaßt) nur 10 Prozent, während die sich um den Kern formierende Gruppe 25 Prozent ausmacht. Somit verrichtet ungefähr ein Drittel der Gesamtbevölkerung eine bestimmte Arbeit und wird dafür entlohnt. Die Kranken (zu denen auch die Alten zählen), Arbeitsunfähigen und Kinder stellen 65 Prozent, das sind zwei Drittel, der Gesamtbevölkerung. Diese Gruppe läßt sich als ‘Nicht-Arbeitswelt’ definieren“ (S. 85). Im Titel seines Referates bezeichnet Ruesch diese Gruppe als „mis-fits“, die „sozial Unfähigen“, zu denen also nicht nur Menschen mit physischen und psychischen Störungen gehören, sondern auch die Gruppe, die durch „social disability“ gekennzeichnet ist. Zu ihr „müssen all jene gerechnet werden, die aufgrund ihrer Bildung, ihrer Ausbildung und ihres wirtschaftlichen Status gesellschaftlichen Verzicht leisten mußten und außerstande sind, das technische und kulturelle Angebot unserer Zivilisation zu nutzen“ (S. 91). Ihnen fehlen die Basisqualifikationen des Spätkapitalismus: Zeitmanagement, Spaltung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten, höchste Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit. Wir sind in den späten 60er Jahren und deshalb verwundert es auch nicht, daß bei Ruesch die Gruppe der „Hippies“ besondere Erwähnung findet. „Sie rebelliert gegen die Konsumgesellschaft, materielle Güter schätzt sie gering, und sie strebt nach Selbstverwirklichung und Erweiterung ihrer inneren Erfahrung“ (S. 81). Sie hat „der technologischen Gesellschaftsordnung den Rücken gekehrt“. Als besonders gefährlich schätzt Ruesch diese Gruppe letztlich nicht ein. Für sie wie für die gesamte Gruppe der „misfits“ gilt das, was Herbert Marcuse

einst so treffend „repressive Toleranz“ genannt hat: Laßt sie ihre abweichende Lebensstile in ihren Reservaten ausleben, solange sie nicht den Kern affiziert.

Welche Konsequenzen zieht nun Ruesch aus seinen Daten? Er sieht die Notwendigkeit, daß der gesellschaftliche Kern seine Aufgabe möglichst ungestört von der „abweichenden Mehrheit“ erledigen kann. Zwei Drittel der Gesamtbevölkerung kann man nicht wegsperren, aber es muß Sorge dafür getragen werden, daß sie mit ihrer Lebensweise jenseits der Arbeit und mit ihren Motivlagen, die nicht von Leistungsmotivation geprägt sind, die Leistungselite nicht moralisch infiziert. Ruesch formuliert ein „postindustrielles Toleranzedikt“: „Wir müssen mehr Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten in allen Lebenslagen aufbringen, aber die Toleranz der Institutionen für abweichendes Verhalten im technischen Bereich einschränken: niemand soll unter Inkompetenz, Nachlässigkeit und Schikanen leiden müssen“ (S. 91).

Was haben alle diese Überlegungen mit der Sozialpsychiatrie zu tun? Für Ruesch ergibt sich hier ein faszinierendes neues Arbeitsfeld für die psychosozialen Fachleute: „Diese Außenseitergruppen sind zum Gegenstand der Herausforderung für die Disziplinen der ‘geistigen Gesundheit’ geworden“ (S. 92). Diese müssen radikal umdenken. Haben sie nicht gerade mit Konzepten wie Gemeindepsychiatrie oder Arbeitsrehabilitation die Illusion der vollen gesellschaftlichen Teilhabe von allen Menschen an der Erwerbsgesellschaft genährt? Jetzt geht es um eine neue „Gatekeeper“-Rolle. Eine Mauer zwischen produktivem Kern und der „misfit“-Mehrheit muß hochgezogen und sorgsam bewacht werden. Es müssen verschiedene Normalitätsstandards auf den beiden Seiten der Grenzmauer geschaffen und aufrechterhalten werden. Es sind vor allem zwei Aufgaben, die psychosoziale Fachleute zu übernehmen haben, die eine Mischung von absoluter Härte und Konsequenz in der Selektionsfunktion und eine hohe Animations- und Integrationsfähigkeit jenseits der hochgezogenen Grenzen zum Kern erfordern:

(1) Psychosoziale Fachleute sollen eine differenzierte, computergestützte Diagnostik entwickeln, um die Gruppe der „misfits“ frühzeitig erkennen und aussondern zu können. Das ist keine einfache Aufgabe, es werden immer wieder prekäre Situationen entstehen, die eine hohe professionelle Verantwortlichkeit erfordern. Wenn etwa bei der Diagnostik beim Zugang

zur Kernelite „eine von der Norm abweichende Leistung geboten (wird), dann ist man bemüht, unfähige oder erfolglose Leute zu entfernen, selbst gegen den Widerstand von Gewerkschaften oder die Einflußnahme staatlicher Beamter. Dazu kommt es in aller Regel in Krisenmomenten oder im Verlauf von Gesundheitsuntersuchungen, die eine Suspendierung medizinisch gerechtfertigt erscheinen lassen“ (S. 88).

(2) Eine zweite Aufgabe folgt aus dieser Selektion: Der großflächige Umbau von Motivlagen. „Da die hochqualifizierte Kerngruppe der technologischen Gesellschaft an dem Prinzip der Arbeit orientiert ist, während die Massen notwendigerweise am Prinzip der Freizeit orientiert sind, müssen wir neue Schulprogramme und Bildungspläne schaffen, um die Gesellschaft auf diese Rollenumverteilung vorzubereiten“ (S. 92). Die bei uns so abwertend gemeinte Idee vom „kollektiven Freizeitpark“ kann man hier assoziieren.

Vieles, was ich bei Ruesch lese, klingt mir immer noch wie science fiction. Einigen Überlegungen sind die Voraussetzungen abhanden gekommen. Die unterstellte „Überflußgesellschaft“ gilt nur für eine kleiner, aber immer reicher werdende Gesellschaftsschicht und der reale oder befürchtete Absturz in Armut wird für einen ständig wachsenden Teil der Gesellschaft zur Alltagswirklichkeit. Das hat im wesentlichen seinen Grund in der Tatsache, daß das Erwerbsarbeitsvolumen tatsächlich ständig sinkt - und da hat Ruesch in beklemmender Weise recht behalten - und gleichzeitig die wohlfahrtsstaatlichen Systeme zunehmend demontiert werden.

Die Aktualität der Diagnose und Rezeptur von Jürgen Ruesch ist mir beim nochmaligen Lesen seiner Überlegungen erschreckend klargeworden. In bezug auf die Entwicklung in Deutschland kann man Prognosen hören, die in den nächsten Jahren einen weiteren Rückgang der Erwerbsarbeit sehen auf vielleicht 20 bis 25% der erwachsenen Bevölkerung. Dann wären wir bei einer ähnlichen Größenordnung wie sie Ruesch für die USA prognostiziert hat. Ein Wirtschaftswissenschaftler hat sie kürzlich bei einem Vortrag als relativ gesicherte Prognose unterstellt und den erschreckten VertreterInnen aus dem Sozialbereich vermittelt, daß sie dringend gebraucht würden. Seine wohlmeinenden Vorstellungen liefen auf ein großräumiges Projekt der „Beschäftigungstherapie“ als Befriedungsstrategie hinaus. Jene immer größer werdende Gruppe von Menschen, denen der Zugang zur Erwerbsarbeit versperrt sein würde, bräuchten An-

gebote gegen die Sinnleere und Langeweile ihres Alltags. Es müßte jedenfalls verhindert werden, daß ihr Ausgeschlossensein aus der Arbeitssphäre zu sozialen Revolten führe. Deshalb plädiert er für psychosoziale Sinn- und Motivationsarbeit. Die immer noch von den Restbeständen der protestantischen Arbeitsethik bestimmten Motivstrukturen vieler Menschen bedürfen eines sozialverträglichen inneren Umbaus und das sei ja das, was psychosoziale Fachleute gelernt hätten. Es ist die offene Aufforderung, uns an den „Befriedungsverbrechen“ (so Basaglia und Basaglia-Ongaro 1980) zu beteiligen.

Hier höre ich keinen Sonderling, dessen verquere Ideen man möglichst schnell vergessen sollte. Das ist eine Stimme aus der Vordenker-Loge des gesellschaftlichen Kerns, die im politischen Raum längst Wirkung erzielt hat, nicht nur bei Guido Westerwelle und seinen neoliberalen Freunden. Hier wird auf Spaltung gebaut, auf Leistung und auf Grenzziehungen, auf das durchsetzungsfähige autonome Subjekt, dessen Freiheit sich vor allem darin zeigt, daß es sich in dem „Rattenrennen“ um die „Plätze an der Sonne“ die besten Startplätze sichert und in der Konkurrenz beiß- und stoßbereit ist. Das Subjekt wird in dieser Perspektive zu einer Kopie der durchsetzungsfähigsten Marktkräfte. Bezogen auf den Kernbereich der neuen globalisierten Weltwirtschaftsordnung zeichnen sich die Konturen eines neuen Subjektes bereits ab:

DAS ALLSEITS FITTE SUBJEKT DER NEUEN ÖKONOMIE

Die flinken Chefideologen der "schönen neuen Welt" konstruieren das Subjekt, das die Wirtschaft der Zukunft braucht. David Bosshart (1995) vom Gottlieb Duttweiler Institut in Rüschlikon bei Zürich meldete sich kürzlich mit einem Artikel *Die Neuerfindung des Menschen* zu Wort, in dem er sich auf die aktuelle Identitätsforschung bezieht. Von dem alteuropäischen Personideal des durch "persönliche Tiefe" gekennzeichneten stabilen Charakters, das sich wohl noch immer in manchen Chefetagen hält, setzt er sich polemisch ab: "Sich persönlich fit zu machen wird nicht mehr heißen, ein starkes Ich zu entwickeln, sondern in virtuellen Beziehungen zu leben und multiple Identitäten zu pflegen. Das heißt: Ich setze nicht mehr auf einen persönlichen 'Kern' und suche ihn, sondern ich trainiere mir die Fähigkeit an, mich nicht mehr definitiv auf etwas festzulegen. Damit bleibe ich fit für neue Wege. Metaphorisch gesprochen: *Statt in die Tiefe gehe ich in die Breite*. Ich werde zum Oberflächengestalter, ich ge-

stalte mit meinen Stilen, torsohaften Charakteren und Identitäten Oberflächen. (...) Dreh- und Angelpunkt der persönlichen Fitness ist nicht mehr der Aufbau einer eigenen, stabilen Identität, sondern das Vermeiden des Festgelegtwerdens" (S. 147 f.). "Fitness ist der große Trend", auf den wir uns in allen Lebensbereichen einzustellen haben und diese Haltung ist sowohl für den "Wirtschaftsstandort" wie für die persönlichen Lebenschancen ausschlaggebend: "In gesättigten, enger werdenden Märkten entscheidet die Corporate Fitness, der 'fitte' Umgang mit schnell wechselnden Strukturen, Werten und Kontexten" (S. 140). Neben "mentaler Fitness" kommt es natürlich auf ein "Body Management" an, das die Störanfälligkeit des Körpers möglichst ausschaltet. Er wird als "Wetware" (gemeint sind "menschliche Körper aus Fleisch, Knochen und Flüssigkeiten") bezeichnet, die keinesfalls vernachlässigt werden darf, aber nur um sie als "ärgerliches Randphänomen, das Kosten verursacht" zu "eliminieren" (S. 149). Es gibt auch eine "Fitness der Geschlechter". Darunter versteht er unter Bezug auf Judith Butler u.a. das "Ende des Geschlechterzwangs". Nun sei "es möglich, eine optimale Mischung des Weiblichen und Männlichen jenseits einer auf ein bestimmtes Geschlecht bezogenen Ableitung von Ressourcen und Fähigkeiten zu erreichen" (S. 153).

Das gesamte menschliche Handeln wird von einer *diffus-universellen Leistungsbereitschaft* bestimmt. Zygmunt Bauman (1995) hat sich kürzlich Gedanken zum gegenwärtigen Fitness-Kult gemacht: "Fitneß - die Fähigkeit, sich schnell und behende dorthin zu bewegen, wo etwas los ist und jede sich bietende Möglichkeit für neue Erfahrungen zu ergreifen - hat Vorrang vor *Gesundheit* - der Vorstellung, daß es so etwas wie Normalität gibt, die man stabil und unversehrt hält" (S. 10).

"Nicht mehr das Streben nach Normerfüllung und Konformität macht also die Anstrengung unseres Lebens aus; vielmehr handelt es sich um eine Art Meta-Anstrengung, die Anstrengung, fit - gut in Form - zu bleiben, um sich anzustrengen. Die Anstrengung, nicht alt und rostig und verbraucht zu werden; an keinem Ort zu lange zu bleiben; sich die Zukunft nicht zu verbauen" (S. 12).

In den Etagen der neuen verschlankten Führungseliten und vor allem bei denen, die dort hin wollen, wird an diesem Menschentypus gearbeitet. Herauskommen soll der „flexible Mensch“ mit einem „disponiblen Selbst“ (vgl. das neueste Buch von Richard Sennett (1998)), der allzeit bereit ist,

die Chancen auf Erfolg (sprich: Rendite) wahrzunehmen, sich möglichst nicht mit moralischen Skrupeln zu behindern, Gemeinschaftsbindungen als Hemmnisse auf dem Weg zur multioptionalen Verfügbarkeit wegzuräumen. Hier äußert sich das aus dem alten Gehäuse der bürgerlicher Hörigkeit befreite Subjekt in noch viel raffinierteren Form der Hörigkeit. Sie hat keine inhaltliche Gestalt in Form spezifischer Wichtigkeiten und Wertigkeiten. Es ist die flexible Unterwerfungsbereitschaft pur, mag kommen was will. Entfremdung wird als Freiheit gefeiert.

Um noch einmal an Ruesch anzuknüpfen. Wenn der Preis der Kernzugehörigkeit diese Art von „Fitness“ ist, dann kann die Zugehörigkeit zum Bereich „Nicht-Arbeitswelt“ auch ein Stück Befreiung darstellen - natürlich unter der Voraussetzung, daß Ressourcen verfügbar sind, die nicht an die Erwerbsarbeit gekoppelt sind.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT: EIN GEGENENTWURF?

Hat uns die Allgegenwart des realexistierenden Kapitalismus jeglicher Utopien beraubt? Uns seien die "utopischen Energien" ausgegangen, hat Jürgen Habermas schon in den 80er Jahren diagnostiziert und hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunkturen der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Ein Gegenentwurf kann nicht aus der Position des souveränen Theoretikers kommen, der uns sagt, was die Welt im Innersten zusammenhält und was zu tun ist. Einen Experten für einen Gegenentwurf vom Typus eines Jürgen Ruesch darf es nicht geben. Das ist die positive Konsequenz aus dem Diskurs der Postmoderne. Die Erosion traditioneller Lebensformen, auch und gerade jener, die von einer religiösen Besetzung der Arbeit bestimmt waren, eröffnet Möglichkeiten eines tätigen Lebens, das nicht einseitig durch das Nadelöhr der Erwerbsarbeit gefädelt werden muß. „Vita activa“ hat das Hannah Arendt (1992) genannt und hatte dabei das „Ende der Arbeitsgesellschaft vor 30 Jahren bereits im Visier.

Einen zentralen Baustein zu einem Gegenentwurf liefert ein Buch, das kürzlich veröffentlicht wurde: „Experten in eigener Sache. Psychiatrie, Selbsthilfe und Modelle der Teilhabe“ (herausgegeben von Rosa Geislin-

ger (1998) im ZENIT-Verlag). In diesem Buch schreiben Psychiatrieerfahrene, Angehörige und einige Professionelle, überwiegend aus München, und sie dokumentieren eindrucksvoll, welche Kultur bürgerschaftlichen Engagements und Selbstorganisation sich da entfaltet hat. Ich bin stolz auf *dieses* München.

Vielleicht ist das der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bürgerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

Der Begriff der Bürger- oder Zivilgesellschaft ist in aller Munde, ohne dadurch an Präzision zu gewinnen. Was wollen wir darunter verstehen? Keine präzise wissenschaftliche Definition, aber doch eine wichtige Sammlung von Bestimmungsmerkmalen einer Bürgergesellschaft hat Timothy Garton Ash in seinem Buch „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ (1990) vorgelegt. Er hat sie aus den Wünschen der Ostmitteleuropäer herausdestilliert, die sich vor 10 Jahren anschickten, ihre eigene Bürgergesellschaft zu schaffen: Es soll Formen der Assoziation geben, nationale, regionale, lokale, berufliche, die freiwillig, authentisch, demokratisch und, zuerst und zuletzt, nicht kontrolliert oder manipuliert sind von der Partei oder ihrem Staat. Menschen sollen ‘bürgerlich’ sein in ihrem Verhalten; das heißt höflich, tolerant und vor allem gewaltlos. Bürgerlich und zivil. Die Idee der Bürgerrechte ist ernst zu nehmen“ (zit. nach Dahrendorf 1992, S. 68f.).

Das Wort Bürgergesellschaft „klingt wie ein Versprechen: Engagement statt Apathie, Gemeinwohl statt Eigennutz, Solidarität statt Macht. Überhaupt ein Zugang zur Politik, der sich eher an Werten als an Interessen, an Menschen statt an Strukturen orientiert. In diesem Sinne ist ‘Bürgergesellschaft’ ein Sympathiebegriff geworden“ (Evers 1999). Und deshalb hat er auch Konjunktur. In diesem Mai haben wir aus Anlaß des 50-jährigen Bestehens des Grundgesetzes bundesweit die „Woche der Bürgerschaft“ begangen. Für mich ist bürgerschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement eine Form gelebter demokratischer Alltagskul-

tur. Sie lebt aus der Identifikation mit demokratischen Spielregeln im Sinne eines partizipativ und solidarisch orientierten Gemeinwesens, in dem die öffentlichen Angelegenheiten zu Anliegen der Bürgerinnen und Bürger werden, die sich in diese Angelegenheiten einmischen, sie nach ihren Vorstellungen und Interessen zu gestalten versuchen, die aber auch akzeptieren, daß in einer pluralistischen Gesellschaft keine Instanz, keine Person und keine Gruppierung für sich beanspruchen kann, über die einzig richtige Lösung zu verfügen.

Was also ist „bürgerschaftliches Engagement“? Präzise ist der damit gemeinte Sinn allerdings nicht. Er ersetzt klassische Begriffe wie Ehrenamt oder Freiwilligenarbeit. Konrad Hummel definiert bürgerschaftliches Engagement als „ganzheitliches Handeln oder auch die Handlungsbereitschaft von Bürgern im Eigeninteresse mit anderen gemeinsam zugunsten aller gemeinsam“ (1997, S. 43).

Bürgerschaftliches Engagement muß aus der Engführung eines „Notstrom-aggregats“ für die Erwerbsgesellschaft oder eine anorektisch gefährdete kommunale Verwaltung herausgeführt werden. Es kann nicht um ein Modell der großräumigen Beschäftigungstherapie jener Bevölkerungsgruppen gehen, die als Problemgruppen des Arbeitsmarktes gelten. Bürgerschaftliches Engagement hat natürlich mit den tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitsgesellschaft zu tun, aber in ihm bündeln sich auch weitere wichtige Diskurse. Die Faszination, die von der Entdeckung einer zivilgesellschaftlichen Perspektive ausgeht, hat gerade damit zu tun, daß das Konzept vom bürgerschaftlichen Engagement unterschiedliche aktuelle gesellschaftlicher Fragestellungen zu bündeln vermag.

Bürgerschaftliches Engagement läßt sich als Schnittmenge folgender Diskurse charakterisieren:

(1) Der *Gemeinwohldiskurs*: Die besorgte Debatte um das Gemeinwohl um Gemeinsinn in einer individualisierten Gesellschaft. Geht uns das „soziale Kapital“ verloren, jener Bereich sozialer Beziehungen und Kontexte, in denen sich Menschen beheimaten und identifizieren können.

(2) Der *Demokratiediskurs*: Die Zivilgesellschaft wird entdeckt und als das „Herz“ oder die „Seele“ der demokratischen Gesellschaft betrachtet. Sie

besteht aus dem Engagement der BürgerInnen. Sie mischen sich ein und machen sich öffentliche Anliegen zu ihren eigenen.

(3) *Der Diskurs sozialer Sicherung:* Wie stellen Gesellschaften die Absicherung vor der Folgen existentieller Risiken und Bedrohungen sicher, ohne daß Menschen zu Objekten „fürsorglicher Belagerung“ gemacht werden oder zu passiven DienstleistungsempfängerInnen?

(4) *Der Tätigkeitsdiskurs:* Tätigkeit im Sinne von Erwerbsarbeit ist das zentrale Medium der Identitätsentwicklung der Moderne gewesen. Wenn aber die Erwerbsarbeit nicht für alle Menschen eine Verankerungsmöglichkeit schafft, wie soll dann im positiven Sinne Identität geschaffen werden? Die Idee der Tätigkeitsgesellschaft, zeigt so viele sinnvolle gesellschaftliche Aktivitätsfelder auf, die sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren lassen.

Das Konzept bürgerschaftliches Engagement bündelt also wichtige Diskurse, in denen um innovative zukunftsfähige Lösungen gerungen wird.

(1) Zukunftsbezogen ist Jeremy Rifkins Plädoyer für die „dritte Säule der neuen Gesellschaft. Rifkin ist Vorsitzender der Foundation on Economic Trends in Washington und Autor des vielbeachteten Buches "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft" (1997). Wie viele andere Wirtschafts- und Arbeitswissenschaftler sieht Rifkin weltweit einen radikalen Abbau von Arbeit im Gefolge der Revolutionierung von Arbeitsprozessen durch die Informationstechnologien. Betroffen ist durch die Entwicklung immer leistungsfähigerer Computer der Mensch als Produktionsfaktor. Es ginge dem Menschen heute so ähnlich wie dem Pferd in einer früheren Epoche der industriellen Revolution und Rifkin bezieht sich dabei auf eine Prognose des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Wassily Leontief, daß "die Bedeutung des Menschen als des wichtigsten Produktionsfaktors in der gleichen Weise schwinden wird, wie die Bedeutung des Pferdes für die landwirtschaftliche Produktion durch die Einführung von Traktoren zunächst abnahm und schließlich völlig eliminiert wurde." An dem Schicksal der industriellen Produktion sei diese Entwicklung klar erkennbar. In den USA ist in den vergangenen 30 Jahren der Anteil der Fabrikarbeiter an der Erwerbsbevölkerung von 33 auf unter 17 Prozent gesunken. In zehn Jahren wird sie in den USA unter 12 Prozent sinken und für das Jahr 2020 werden weniger als 2% der arbeitenden Bevölkerung

Fabrikarbeiter sein. Die Hoffnungen auf die Umschichtung der Erwerbsbevölkerung in den Dienstleistungsbereich haben nicht das gehalten, was man sich von ihnen versprochen hatte. Schicht um Schicht werden außerdem in den Managementbereichen die "Fettringe" abgetragen und da-raus resultiert eine weitere Reduktion von Erwerbsarbeit. Bei einer solchen Entwicklung wird die Integration von mehr Menschen in die Erwerbsarbeit wohl nur über radikale Modelle der Arbeitszeitverkürzung gelingen. Aber selbst deren konsequente Umsetzung wird seiner Auffassung nach keine Vollbeschäftigung garantieren können. Rifkins Vision setzt auf die Aktivierung eines Bereichs gesellschaftlicher Arbeit, der neben dem freien Markt und dem öffentlichen Sektor existiert, dem gemeinnützigen Sektor.

Dieser Bereich ist nach Auffassung Rifkins "ein Querschnitt der Gesellschaft. Gemeinnützige Aktivitäten umfassen ein breites Spektrum: soziale Dienste und Gesundheitswesen, Erziehung und Forschung, Kunst, Religion und Interessenvertretung. In Deutschland gibt es gegenwärtig mehr als 300 000 gemeinnützige Organisationen. Man findet sie praktisch in jedem Stadtteil und in jeder Gemeinde. Ihre Reichweiten stellen oft die von privatem und öffentlichem Sektor in den Schatten. Sie erstrecken sich über das Leben jedes einzelnen Bürgers und sie sind für ihn oft wichtiger als die Marktkräfte oder die öffentliche Bürokratie".

Rifkin plädiert dafür, sich "die deutsche Gesellschaft als einen dreibeinigen Hocker vorzustellen, dessen Beine der marktwirtschaftliche Bereich, der staatliche Bereich und der sozialgemeinnützige Bereich sind. Das erste Bein schafft wirtschaftliches Kapital, das zweite öffentliches Kapital und das dritte soziales Kapital." Dieses "besteht aus den Millionen Bürgern, die Woche für Woche ihre Zeit, ob haupt- oder ehrenamtlich, in den Dienst der vielen gemeinnützigen Organisationen stellen. Diese Bürger wissen längst, wie wichtig es ist, soziales Kapital in ihren Gemeinden und Stadtteilen zu schaffen."

Was Jeremy Rifkin entwirft, ist eine zivilgesellschaftliche Vision. Es geht längst nicht nur um ein umfassendes Programm von "Beschäftigungstherapie", sondern um eine politische Vision einer weiterentwickelten Demokratie, in deren Zentrum "bürgerschaftliches Engagement steht. "Die wachsende soziale Unruhe und politische Instabilität, die aus diesem historischen Wandel der Arbeit entstehen, zwingen die Gesellschaften, nach

einer neuen Orientierung zu suchen, die die Sorgen und Hoffnungen der Wähler anspricht. Die politische Debatte verharrt bis heute im Spannungsfeld von Markt und Staat - und wird so den Herausforderungen und Chancen des neuen Zeitalters immer weniger gerecht. Würde der gemeinnützige Bereich als dritte Säule zwischen Markt und Staat ernst genommen, änderte sich das Wesen des politischen Diskurses grundlegend. Denn endlich würde sich eine vollkommen neue Sicht von Politik und Wirtschaft, vom Wesen der Arbeit und Gesellschaft eröffnen."

Aber dieses neue soziale Kapital ist nicht zum Nulltarif zu haben. Es ist nicht einfach da und wartet nur darauf, abgeschöpft zu werden. Dazu macht Rifkin einen ganz konkreten Finanzierungsvorschlag: "Neue Jobs im gemeinnützigen Bereich werden aber Geld kosten. Man müsste daher auf den Wohlstand, der in der neuen Cyberspace-Ökonomie erwirtschaftet wird, eine geringe Steuer erheben und die so gewonnenen Mittel in die Stadtteile und Gemeinden, in die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Aufbau des sozialen Gemeinwesens umleiten. Das gäbe uns eine neue Agenda und eine kraftvolle Vision von der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts."

In der Vision von Rifkin hat bürgerschaftliches Engagement als die Kernidee der Zivilgesellschaft einen zentralen Stellenwert. Sind uns wirklich die "utopischen Energien" ausgegangen, wie es Jürgen Habermas schon in den 80er Jahren diagnostiziert hatte? Er hat ja sicher damit recht in bezug auf die großen gesellschaftlichen Visionen von einer besseren Welt. Vielleicht ist ja auch ganz gut, daß die Konjunkturen der umfassenden Gesamtentwürfe vorbei ist, denn sie haben zwar immer Glücksverheißungen für die Menschen offeriert, ihnen selbst aber selten die Chance eingeräumt, über Weg und Ziel mitzubestimmen. Ein Gegenentwurf kann nicht aus der Position des souveränen Theoretikers kommen, der uns sagt, was die Welt im Innersten zusammenhält und was zu tun ist.

Vielleicht ist das der zentrale Prüfstein für alle realen Utopien: Ohne die Anerkennung der aktiven Subjekte, ohne ihre unhintergehbaren Ansprüche auf Selbstbestimmung und Partizipation kann es keine zukunftsfähige Gesellschaft geben. Aber genau diese Ansprüche und Rechte ins Zentrum gesellschaftlicher Umgestaltung zu rücken, ist sehr viel mehr als Realitätsprinzip. Wir sind noch sehr weit davon entfernt. Hier zeichnet sich die Vision einer zukunftsfähigen Zivilgesellschaft ab, in deren Zentrum bür-

gerschaftliches Engagement steht und die durch bürgerschaftliches Engagement entsteht.

Sechs weitere Anregungen für diese reale Utopie möchte ich nennen, die zugleich deutlich machen, daß Gesundheitsförderung, eine ernsthafte Initiative zu einer nachhaltigen ökologischen Umgestaltung unserer Lebensweise und ein neues Verständnis von Sozialpolitik ohne eine solche Perspektive bürgerschaftlichen Engagements nicht gelingen kann:

(1) Public Health und ihre zentralen Ideen von Salutogenese und Gesundheitsförderung stellen einen wichtigen Pool für innovative Ideen und Forschungsbefunde dar. Der Gesundheits-Krankheitsbereich zeigt in besonderer Weise die Probleme einer sozialstaatlichen Tradition, die die Problemlösungen vollständig in die Zuständigkeit spezifischer Expertenkulturen überträgt und deren Leistungserbringung finanziert. Dadurch kommt es zu einer fragwürdigen Trias von "Enteignung" alltäglicher Lösungskompetenzen, Defizit-Perspektive auf Lebenslagen und eine Expertenzentriertheit. Die Public Health-Forschung hat in der Orientierung an einer salutogenetischen Perspektive den Blick auf Bewältigungs- und Widerstandsressourcen gerichtet und dabei insbesondere die Relevanz netzwerkbezogener Ressourcen herausgearbeitet. Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von gleich Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität. Weil das so ist, wird die Stiftung und Unterstützung selbstorganisierter Betroffenengruppen zunehmend zu einem zentralen Aufgabenfeld professioneller Praxis. Die *Ottawa-Charta* der Weltgesundheitsorganisation (1992) zur Gesundheitsförderung aus dem Jahre 1986 und die darauf aufbauende Initiative "Gesunde Städte" formuliert eine Perspektive bürgerschaftlichen Engagements als Basis für Gesundheitsförderung. In der *Ottawa-Charta* heißt es: Gesundheitsförderung "zielt auf einen Prozeß, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Lebensumstände und Umwelt zu ermöglichen und sie damit zur Stärkung ihrer Gesundheit zu befähigen". Und etwas später: "Gesundheit wird von Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt: dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben. Gesundheit entsteht dadurch, daß man sich um sich selbst und für andere sorgt, daß man in die Lage versetzt ist, selber Entscheidungen zu fällen und eine

Kontrolle über die eigenen Lebensumstände auszuüben sowie dadurch, daß die Gesellschaft, in der man lebt, Bedingungen herstellt, die allen ihren Bürgern Gesundheit ermöglichen". Die Arbeitsdefinition für eine "Gesunde Stadt" sieht bei der WHO so aus: Sie "verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen, beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslage zu befähigen und ihnen damit die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen" (zit. nach Trojan & Stumm 1992). Gesundheit ist also in diesem Sinne nicht ein Produkt der Gesundheitsfachleute und des medizinisch-industriellen Komplexes, sondern ist in unserem gemeinschaftlich her-gestellten Alltagsleben begründet.

(2) Der UNO-Umweltgipfel von Rio de Janeiro im Jahre 1992 wurde das Aktionsprogramm "Agenda 21" veranschiedet, das Maßnahmen fordert, die ergriffen werden müssen, um dem Ziel einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Dieser Faden ist aufgenommen worden und weltweit werden Agenda 21-Projekte durchgeführt. Als zentraler ideeller Rahmen für diese Projekte gilt in der Bundesrepublik die Studie "*Zukunfts-fähiges Deutschland*" (herausgegeben vom BUND und von Misereor). In ihr sind nicht nur eine Fülle ökologischer Einsichten und Vorschläge zusammengefaßt, sondern auch eine Gesellschaftsidee entwickelt, in der soziale Fairneß und Gemeinsinn einen zentralen Stellenwert erhalten: "Eine ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft" wird beschrieben als "eine pluralistische Gesellschaft. Sie weist einen Reichtum menschlicher Möglichkeiten aus, räumt unterschiedlichen Menschen die Freiheit ein, die ihnen zusagende Möglichkeit zu leben, und verbindet diese Freiheit, indem sie sie allen gewährt, mit sozialer Fairneß und Gemeinsinn" (1996, S. 351). Ausgehend von einer solchen Perspektive wird ein zivilgesellschaftliches Umdenken für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft erforderlich: "Die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft müssen sich ändern. Es sind nicht mehr länger die Gesellschaft und ihre Bürgerinnen und Bürger, die sich wie Planeten um das Zentrum Staat drehen, sondern umgekehrt: Bürger und Gesellschaft rücken ins Zentrum, und dem Staat obliegt die wichtige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Finanzmittel so eingesetzt werden, daß sich das soziale Kapital vermehrt" (S. 358). Bürgerschaftliches Engagement ist als ein Handlungsfeld anzusehen, in dem soziales Kapital gestiftet wird. Kommunen haben dafür förderliche Bedingungen zu schaffen. Das wird nicht mit moralischen Ap-

gelingen und auch nicht mit Sonntagsreden und Zertifikaten zum Ehrenamt. Wir brauchen den politischen Willen zu einer echten BürgerInnen-demokratie und zur aktiven Förderung einer kommunalen Infrastruktur, in der diese entstehen kann: "Es gilt wieder eine dichtere zivile Gesellschaft mit Austausch- und Solidaritätsbereichen zu schaffen, die in ihr selbst verankert sind und nicht obrigkeitstaatlich verordnet werden" (S. 359).

(3) Auch für den Bereich der Sozialpolitik wird immer häufiger die Perspektive einer aktiven Bürgergesellschaft gefordert. Warnfried Dettling (1995, S. 21f.) entwirft das Leitbild einer "*demokratischen Wohlfahrtsgesellschaft*", die geprägt ist von der "Rekonstruktion des Sozialen durch eine aktive und kompetente Gesellschaft". Dazu bedarf es neuer Prioritätensetzungen:

Zum einen: "Der Staat sieht seine Aufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nicht mehr primär darin, soziale Dienste und Leistungen zur Verfügung zu stellen, sondern die gesellschaftlichen Kräfte und Ressourcen zu mobilisieren. *Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren*".

Und zum anderen: "Dazu bedarf es eines neuen Ansatzes in der (kommunalen) Sozialpolitik, der sich an den *Ressourcen* (der Menschen, der Gesellschaft) orientiert und *nicht an ihren Defiziten*. Menschen, auch die in Randgruppen, haben nicht nur Mängel und Probleme, sondern immer auch Fähigkeiten. Ob diese brachliegen oder ob sie zu ihrem eigenen und zum sozialen Wohl mobilisiert werden, hängt immer auch von den Rahmenbedingungen ab, die politisch verändert werden können. *Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern*".

(4) Am konsequentesten sind die bereits genannten Anregungen im *Kommunitarismus* programmatisch verdichtet worden. Er streitet für den "spirit of community" (Etzioni 1993), für Gemeinschaftsinitiativen in einer individualisierten Gesellschaft. Manche Kommunitarier mögen dabei gefährdet sein, sich eine rückwärtsgewandte Gemeinschaftsidylle vorzustellen. Die Mehrheit der Kommunitarier sucht nach einer neuen Balance von individueller Autonomie und Selbstgestaltung und gemeinschaftlichen Werten und Projekten. Amitai Etzioni, der unermüdliche Trommler

für ein "kommunitaristisches Programm" betont, daß der "Ruf nach mehr sozialer Verantwortung ... nicht auf die Einschränkung individueller Rechte zielt, daß vielmehr starke Rechte und ein hohes Maß an Verantwortung zusammengehören"; und er betont weiterhin, "daß individuelles Erfolgstreben mit Gemeinsinn vereinbar ist und keiner von uns in Askese, Altruismus oder Selbstaufopferung leben muß" (1995, S. 1).

Für die Kommunitarier kann es nicht um die Regeneration regressiver Gemeinschaftsideologien gehen. Für sie geht es um die Bestimmung des "ethischen Minimums" für eine humane Gesellschaft (so Walzer) und um Grundprinzipien demokratischer Gesellschaften.

(5) In seinem neuesten Buch "Jenseits von Links und Rechts" betont der englische Soziologe Anthony Giddens die zentrale Bedeutung des "*aktiven Vertrauens*" in einer individualisierten Gesellschaft und mit dieser Kategorie liefert er eine zentrale Grundidee für das, was bürgerschaftliches Engagement so wichtig macht. Er sagt: "Verstärkte Solidarität beruht in einer der Enttraditionalisierung ausgesetzten Gesellschaft auf dem sogenannten *aktiven Vertrauen* in Verbindung mit einer Erneuerung der persönlichen und sozialen Verantwortung für andere. Das aktive Vertrauen schreibt sich nicht von vorgegebenen sozialen Positionen her, sondern es muß errungen werden. Das aktive Vertrauen steht nicht im Gegensatz zu Autonomie voraus und ist eine reichhaltige Quelle sozialer Solidaritätsbeziehungen, denn Zustimmung wird hier nicht durch traditionsbestimmte Regelungen erzwungen, sondern freiwillig gewährt" (1997, S. 35).

Bis vor kurzem hatte ich fünf solche Entwürfe in meiner Sammlung. Einen weiteren Entwurf für eine mögliche Zukunft entdeckte ich in dem Buch mit dem Titel „Post-Work“ (Aronowitz & Cutler 1998). Es enthält ein „Post-Work Manifesto“, das die Idee der Befreiung von erzwungener Arbeit entwickelt und dabei die Diskussion um die Zukunftsperspektiven von Arbeit sehr gut bündelt. Gefordert werden da (1) ein garantiertes Einkommen, das die elementaren Grundbedürfnisse absichert; (2) eine radikale partizipatorische Demokratie, die durch das „Ende endloser Arbeit“ möglich wird; (3) eine neue Arbeitspolitik, die sinnvolle Arbeit dort ermöglicht, wo die Nachhaltigkeit der Lebensformen betroffen ist; (4) die Reduktion von Arbeitsstunden auf ein Sechs-Stunden-Tag für alle; (5) Bildung als eine Lebensform soll ermöglicht werden; (6) sinnvolle Arbeit ist weiterhin zu tun (gemeint sind hier vor allem öffentliche Dienstleistungen für Straßen-

bau, Brücken, Wasserversorgung, Schulen, Parks und öffentlichen Verkehr); (7) Menschen sollen nicht vom Brot allein leben, sondern in kreativ-künstlerischen Aktivitäten gefördert werden; und (8) allgemeine öffentliche Dienste sollen bevorzugt bezahlt werden, vor allem solche, die besonders unbeliebt sind (z.B. Müllbeseitigung, Straßenreinigung, repetitive Bürotätigkeiten).

Aus diesen siebenfach inspirierten und durchaus konvergierenden Anregungen für eine realen Utopie von einer kommunalen Lebensform, die vom bürgerschaftlichen Engagement geprägt und gestaltet ist, sollten Konzepte für eine zukunftsfähige Sozialpolitik entwickelt werden.

POTENTIALE BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS

Aber ist bürgerschaftliches Engagement in Zeiten gesellschaftlicher Individualisierung nicht besonders gefährdet? Besteht überhaupt Veranlassung auf Potentiale bürgerschaftlichen Engagements zu setzen? Gehen die Menschen in einer individualisierten Gesellschaft nicht vor allem ihren eigensüchtigen Interessen nach und vernachlässigen zunehmend solidarisches Handeln? Die empirische Netzwerkforschung läßt ein völlig anderes Bild entstehen und wir erkennen durchaus ein erhebliches Potential von Alltagssolidarität. Die Ergebnisse der Netzwerkforschung ermöglichen uns einen nüchternen Blick auf zentrale Veränderungsprozesse alltäglicher sozialer Beziehungen. Eindeutig ist der Erosionsprozeß jener traditionellen Beziehungsmuster, die ein Individuum wie ein gutgeschürtes Paket mit dem Hineingeborenwerden in spezifische familiäre, verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Konstellationen mit auf seinen Lebensweg genommen hat. Das heißt nun aber keineswegs, daß das moderne Individuum zum Einsiedler-krebs wurde. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die zeitgenössischen Großstadtbewohner haben im Durchschnitt vielfältigere Kontakte zu Freunden, Arbeitskollegen oder anderen Angehörigen spezifischer Vereine und Subkulturen als ihre Vorläufer-Generationen. Das ist ja auch kein Widerspruch zur Single-Lebensform. Die entscheidenden Merkmale dieser neuen Beziehungsmuster sind ihre "strukturelle Offenheit", die lockere Verknüpfung und die "Wahlfreiheit" (in der sozialpsychologischen Stadtforschung taucht in diesem Zusammenhang das Konzept von der "befreiten Gemeinschaft" auf). Gegenüber traditionellen Gesellschaften hat sich die Entscheidungs-

freiheit in bezug auf die gewählten Beziehungen, aber auch die Entscheidungsnotwendigkeit in der Moderne qualitativ verändert. Das ist eine durchaus ambivalente Situation. Sie eröffnet einerseits die Chance, den eigenen sozialen Lebenszusammenhang wesentlich mitzugestalten (entsprechend sind zeitgenössische Netzwerke auch weniger vom Statusmerkmalen, als vielmehr von gemeinsamen Interessen bestimmt). Sie enthält aber auch die Notwendigkeit, Initiator und Manager des eigenen Beziehungsnetzes zu sein. Diese strukturelle Notwendigkeit erfordert bei den Subjekten entsprechende Ressourcen an Beziehungsfähigkeit und wohl auch materiellen Ressourcen. Ein immer wieder nachgewiesener Befund zeigt, daß sozioökonomisch unterprivilegierte und gesellschaftlich marginalisierte Gruppen offensichtlich besondere Defizite aufweisen bei dieser gesellschaftlich zunehmend geforderten eigeninitiativen Beziehungsarbeit. Die sozialen Netzwerke von Arbeitern z.B. sind in den Nachkriegsjahrzenten immer kleiner geworden. Von den engmaschigen und solidarischen Netzwerken der Arbeiterfamilien, wie sie noch in den 50er Jahren in einer Reihe klassischer Studien aufgezeigt wurden und in der Studentenbewegung teilweise romantisch überhöht wurden, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Das "Eremitenklima" ist am ehesten hier zur Realität geworden. Die empirische Netzwerkforschung bestätigt den berühmten "Matthäus-Effekt", benannt nach dem Jesuszitat im Matthäus-Evangelium: "Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, daß er die Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat" (Matthäus 13, 12). Wer also "einer höheren Schicht angehört, d.h. über mehr Einkommen und Bildung verfügt, hat sowohl mehr Helfer als auch mehr Kontaktpartner. Wer also mehr materielle Mittel und Wissen hat - und daher für die 'Pflege' seiner Beziehungen mehr einsetzen kann -, hat auch mehr Helfer in der Not und Kontakte im Alltag" (Marbach und Mayr-Kleffel, 1988, S. 286). Die gelegentlich immer noch zu hörende Auffassung, "materielle Armut werde vielfach durch Reichtum an zwischenmenschlichen Beziehungen aufgewogen, hat mit der Realität nichts gemein" (ebd.). Unser "soziales Kapital", die sozialen Ressourcen, sind ganz offensichtlich wesentlich mitbestimmt von unserem Zugang zu "ökonomischem Kapital".

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die These von Helmut Klages, daß ein "ein frei flottierendes Potential an Gemeinsinn in der Gesellschaft" existiere (in Körber-Stiftung 1993, S. 40), empirisch durchaus haltvoll ist. Es gibt deutliche Hinweise auf einen allmählichen Rückgang

des traditionellen Ehrenamtes, der sich vor allem im Bereich der sozialen Dienste zeigt und der vor allem von den Repräsentanten traditioneller subsidiär erbrachter Wohlfahrtsleistungen registriert und beklagt wird. Es gibt aber insgesamt betrachtet eher eine Zunahme freiwilligem gesellschaftlichem Engagement. Allerdings - und das kommt in der Formulierung vom "frei flottierenden Potential an Gemeinsinn" gut zum Ausdruck - speist sich dieses Potential nicht mehr aus Motivlagen, die eine kontinuierliche oder gar lebenslange Anbindung an spezifische Institutionen erwarten läßt. Gerade die motivationalen Muster, die auf individuelle Authentizität oder auf konkrete Projekte der Veränderung in der eigenen überschaubaren Lebenswelt zielen, lassen eher punktuelle und projektbezogene Formen des Engagements erwarten.

Für einen wachsenden "bowling alone"-Effekt (vgl. Putnam 1995) gibt es in Deutschland keine beweiskräftigen Belege. Zwar gibt es einige spezifische Risikogruppen für Vereinsamung und mangelnde soziale Integration, aber für die durchschnittliche Bevölkerung zeigt sich ein hohes Maß sozialer Vernetzung und daraus entstehender Alltagssolidarität. Dieses "soziale Kapital" ist allerdings gesellschaftlich ungleich verteilt. Dies zeigt sich letztlich auch in dem Befund, daß ökonomisch und bildungsmäßig privilegierte gesellschaftliche Gruppen auch in höherem Maße in freiwilligen gesellschaftlichen Aktivitäten beteiligt sind. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Hinweise auf eine zunehmende Aktivierung von sozial benachteiligten und aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen Gruppen.

Als deutlicher Trend zeichnet sich eine Verlagerung des Engagements aus den Bereichen politischer Parteien und Bürgerinitiativen hin zu überschaubaren Formen der Alltagssolidarität in den lebensweltlichen sozialen Netzen ab. Das gilt vor allem für Heranwachsende, die ihre Handlungsbereitschaften immer weniger auf den politischen Raum ausrichten.

Für einen Rückgang der zentralen Wertigkeit der Erwerbsarbeit für die individuelle Identität von Personen gibt es keine Hinweise. Eher im Gegenteil: Gerade auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die subjektiven Sinnerwartungen an die Arbeit gewachsen. Das liegt durchaus im Trend einer allgemeinen Entwicklung, daß Tätigkeiten weniger in ihrer instrumentellen Funktion bewertet werden, sondern unter dem Aspekt der in ihnen selbst vermittelten Sinnschöpfung.

Das nicht unbeträchtliche Potential freiwilligen sozialen Engagements erfordert die Entwicklung neuer gesellschaftlicher Aktivierungsfelder. Die traditionellen Rekrutierungsinstitutionen werden dies ohne einen tiefgreifenden Wandel ihrer Leitbilder und ihres öffentlichen Erscheinungsbildes kaum leisten können. In seiner Gesellschaftsdiagnose spricht Helmut Klages von dem immer deutlicher erkennbaren "Grundbedürfnis" einer wachsenden Anzahl von Personen, "Subjekt des eigenen Handelns zu sein, das keineswegs mit dem Gemeinwohl in Widerspruch steht" (ebd.). Diesem Grundbedürfnis müssen die Handlungsformen bürgerschaftlichen Engagements Rechnung tragen.

Was bedeuten solche Analyse für die Frage nach den Solidaritätsressourcen in der postmodernen Gesellschaft vom Typus der Bundesrepublik. Ich möchte drei Thesen daraus ableiten:

1. Eine sich zunehmend individualisierende Gesellschaft erzeugt nicht notwendigerweise isolierte und vereinsamte Ego-Menschen. Es existieren in dieser Gesellschaft ganz im Gegenteil hohe Potentiale für solidaritätsfördernde Netze. Aber diese Netze haben zugleich die Tendenz zu "Stammes-kulturen": Unterstützt wird, wer zu uns gehört, zu meiner Familie, zu meinem Clan, zu meiner Szene oder zu meiner Selbsthilfegruppe.
2. Diese Netze und die mit ihnen assoziierten Solidaritätspotentiale reproduzieren die grundlegenden Formen gesellschaftlicher Ungleichheit. Eine Sozialpolitik, die sich allein auf sie verläßt, wird gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und nicht nur die vorhandene Ungleichheit in der Verteilung materieller Ressourcen reproduzieren, sondern auch die ungleichen Zugänge zu sozialen und psychosozialen Ressourcen verschärfen.
3. Aber die erforderliche Sozialpolitik, die auf Chancenungleichheit reagiert, muß von den noch immer vorherrschenden kompensatorischen und befriedenden Strategien Abschied nehmen. Sie muß alle Personen im Sinne des Empowerment-Ansatzes als Menschen sehen und behandeln, die den Wunsch haben, Subjekt des eigenen Handelns zu sein.

Vor allem auf die Gefahren des Tribalismus und auf eine Perspektive des Empowerment möchte ich noch eingehen.

DIE GEFAHR DES TRIBALISMUS

Die aktuellen gesellschaftlichen Umbrüche, die die Lebensbedingungen und Konzepte vom richtigen Leben grundlegend verändern, bilden eine brisante Mischung "riskanter Chancen" und zunehmend zeigt sich, daß sich in spezifischen gesellschaftlichen Segmenten oder Milieus eher die Chancenseite der Postmoderne akkumuliert und in anderen sich die Risikoseite geballt auffinden läßt. Aber diese Milieus wissen kaum etwas voneinander. Die soziale Wahrnehmung für die Verschiedenheit ist nicht entwickelt und will wohl auch nicht entwickelt sein, vor allem nicht von der "Sonnen-" auf die "Schattenseite". Gerhard Schulze hat dies eingängig beschrieben: "In der Kultur des Reichtums ist Armutswissen zum größten Teil professionell hergestelltes Wissen, nicht etwa Erfahrungsbestand des Alltagslebens. Wohlversorgt mit Informationen, Sozialreportagen, moralischen Kommentaren und Talkshows mit Betroffenen, wissen wir doch nur gerade so viel über Armut, wie man auf diesen Wegen erfahren kann. (...). Es gibt kein deutlich sichtbares Milieu der Armut mehr, keine jedermann bekannten Armenviertel, keine zerlumpte Kleidung und zerrissenes Schuhwerk als Erkennungszeichen. An die Stelle einer ehemals klar erkennbaren Subkultur der Armut ist eine Vielzahl von Typen und Szenarien getreten, deren Gemeinsamkeit sich auf das Merkmal des Mangels beschränkt" (1985, S. 56). Aber nicht nur die geringere Sichtbarkeit von Armut und Lebensrisiken beeinträchtigt die soziale Wahrnehmung, sondern auch die Abwehrstrukturen von erlebnisorientierten Normen der postmodernen Lebensführung. Sie befördern Stammeskulturen in hohem Maße. "Mitten im Globalisierungsschub der neunziger Jahre ist nichts populärer als der Versuch, Enklaven des Glücks einzuzäunen. (...) Das für die Kultur des Reichtums grundlegende Denkmuster tritt in der gegenwärtigen Krise noch einmal besonders deutlich hervor, fast als leuchtete es ein letztes Mal auf, bevor es ausgebrannt ist" (Schulze, S. 53). Die tiefensitzende, aber natürlich cool geleugnete Angst, die eigene Fun-Kultur könnte implodieren, wird zu einer Wahrnehmungsabwehr für Realitäten außerhalb des eigenen homogen zusammen-gesetzten Stammes.

Zygmunt Bauman (1992), ein vorsichtig-reflektierter Anhänger postmoderner Lebensformen, sieht sehr deutlich die Gefahren dieses Neotribalismus: "Die postmoderne Welt des fröhlichen Durcheinander wird an den Grenzen sorgfältig von Söldnertruppen bewacht, die nicht weniger grausam sind als die, die von den Verwaltern der jetzt aufgegebenen Globalordnung angeheuert waren. Lächelnde Banken strahlen nur ihre jetzigen

und zukünftigen Kunden an. Die Spielplätze der glücklichen Käufer sind von dicken Mauern, elektronischen Spionen und bissigen Wachhunden umgeben. Höfliche Toleranz gilt nur für diejenigen, die hereingelassen werden. Und also scheint die Grenzziehung zwischen dem Drinnen und dem Draußen nichts von ihrer Gewalttätigkeit und genozidalen Kraft verloren zu haben" (S. 317).

Meine ersten Assoziationen bei diesen Formulierungen waren die Abschottungsversuche der deutschen Politik gegenüber Asylsuchenden durch die entsprechenden Gesetze. Aber diese Analyse gibt natürlich auch innergesellschaftlich einen Sinn. Die postmoderne Gesellschaft setzt weniger repressive Formen gesellschaftlicher Ordnungspolitik ein und deshalb entsteht leicht die Illusion von Toleranz für Verschiedenheit, aber die Regeln von Dazugehörigkeit und Beteiligung an den Ressourcen sind in ihrer Anwendung brutal: "In der postmodernen Praxis kocht die Freiheit auf die Entscheidungsfreiheit der Konsumenten herunter. Um sie zu genießen, muß man erst einmal Konsument sein. Diese Ausgangsbedingung läßt Millionen im Abseits. Wie die ganze moderne Ära hindurch, disqualifiziert Armut auch in der postmodernen Welt. Freiheit in ihrer neuen Lesart, der Marktinterpretation, ist ebenso sehr ein Privileg wie sie es in ihren älteren Versionen war. (...) Die Verschiedenheit gedeiht; und der Markt gedeiht mit. Genauer, nur solche Verschiedenheit darf gedeihen, die dem Markt nützt. Wie schon vorher der humorlose, machtgierige und eifersüchtige Nationalstaat, lehnt der Markt Selbstverwaltung und Autonomie ab - die Wildnis, die er nicht kontrollieren kann. Wie vorher, muß für Autonomie gekämpft werden, wenn Verschiedenheit etwas anderes bedeuten soll als Vielfalt marktgängiger Lebensstile - eine dünne Lack-schicht veränderlicher Moden, die die gleichförmig marktabhängige Lage verbergen soll" (Bauman 1992, S. 334).

So entsteht eine paradoxe Situation. Für die Erlebnissituation des postmodernen Subjekts werden gerne Metaphern wie "Nomadentum", "Nicht-Seßhaftigkeit" oder "Unbehaustheit" herangezogen, aber es darf bitte nicht wörtlich gemeint sein: Gerade die Menschen, die kein gesichertes Dach über dem Kopf haben, fallen aus dieser Welt heraus und wenn sie darin auftauchen, dann kommt es zu einer Haltung, die kürzlich zum Titel eines Buches über "Solidarität in der Krise" wurde: "Eure Armut kotzt uns an!" (Hengsbach und Möhring-Hesse 1995). In einer fränkischen Verordnung aus dem 6. Jahrhundert hieß es über nichtseßhafte Menschen:

"Schlecht ist ein Mensch, der im Gau lebt, aber nichts hat, wovon er sein Leben fristet und womit er wirkt, sondern nur durch die Wälder streift" (zit. nach Polligkeit 1938, S. 17). Sind die Menschen der postmodernen Erlebnisgesellschaft, die ihre auf Permanenz angelegte Inszenierung von Glück für ein Privileg ihres Stammes betrachten, sehr weit von dieser Einstellung entfernt?

SOZIALPOLITIK AUS EINER EMPOWERMENT-PERSPEKTIVE

Sozialpolitik muß ihr programmatisches Zentrum von der Kompensation "beschädigten Lebens" zu einer Empowermentperspektive verändern. Empowermentprozesse sind in einzelnen sozialpolitischen Handlungsfeldern bereits intensiv erprobt worden (vor allem im Selbsthilfebereich), aber sie sollten zum grundlegenden Gestaltungsprinzip von Sozialpolitik werden. Diese Forderung finden wir beispielsweise bei dem Frankfurter Staatsrechter Günter Frankenberg (1994; 1997). Eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft muß seiner Auffassung nach "der Handlungsautonomie der Betroffenen und handlungsermächtigenden Strukturen (*empowerment*) stets Priorität einräumen, die auf die Selbstorganisation sozialer Dienste und Leistungen angelegt sind" (Frankenberg 1994, S. 221). Die abzusichernden sozialpolitischen Leistungen (seien es Transferzahlungen, Sachleistungen oder personale Dienstleistungen) sollten von der Prämisse angeleitet sein, daß sie "Eigentätigkeit" und "Lebenssouveränität" voraussetzen und fördern. "Für den Fall, daß die Handlungskompetenz der Betroffenen infolge ihrer spezifischen Lebenslage eingeschränkt ist, konkretisiert sich die Pflicht zu ziviler Solidarität in unterstützenden Strukturen oder advokatorischen Formen der Sozialpolitik, die sich daran orientieren, die Betroffenen soweit wie möglich wieder zur Selbsthilfe zu befähigen" (ebd.). "Sozialpolitik als *empowerment* reaktiviert verschüttete, verkümmerte und überlastete soziale Bindungen ebenso wie sie neue ermutigt und fördert. Sie knüpft damit ein - zugegeben dünnes - soziales Band, das den Adressaten vermittelt, welcher Gemeinschaft sie angehören: Einer Zivilgesellschaft, die ihren Mitgliedern die selbstorganisierte Bewältigung ihrer Probleme zumutet und ermöglicht, darin aber zugleich eine Gemeinschaftsaufgabe sieht" (ebd., S. 222).

EMPOWERMENT UND SEINE ETHISCHEN GRUNDPRÄMISSEN: VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT UND GLEICHE ZUGANGSCHANCEN

Gegenwärtige Lebensverhältnisse werden von zeitgenössischen SozialwissenschaftlerInnen immer wieder in ihrem spezifischen ambivalenten Grundmuster charakterisiert: Soziale Traditionsbestände lösen sich zunehmend auf, das einzelne Subjekt erhält in dieser "Freisetzung" zwangsläufig einen größeren Gestaltungsraum. Gleichzeitig erhöht dieser Individualisierungs-schub auch die Risikolagen der einzelnen. Auch in den Gesundheits- und Sozialwissenschaften haben sich stammesspezifische Wahrnehmungsverengungen vollzogen. So richtet die aktuelle Gesundheitspsychologie ihre Analyse und Empfehlungen ausschließlich auf die ohne Zweifel gegebene neue Chancenstruktur für Selbstgestaltung. Sie reduziert damit den widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß unter einer positiven Perspektive einseitig und klammert die Risikoseite des Prozesses aus. Sie klammert damit eben auch die Frage nach den strukturell ungleichen Chancen für die individuelle Nutzung von Ressourcen für Gesundheit und Wohlbefinden aus. Insofern reproduziert sich in dieser Aufmerksamkeitsverengung eine dramatische Veränderung im Verhältnis individueller Rechte und kollektiver Verantwortlichkeiten, die weitreichende ethische Konsequenzen hat.

In der hinter uns liegenden "sozialdemokratischen Ära" hatte sich ein Sozialstaatsprinzip herausgebildet, das gegenwärtig zur Disposition steht. Zygmunt Bauman (1993, S. 17) hat das moralische Argumentationsmuster herausgearbeitet, das das Sozialstaatsprinzip begründet: "Der Sozialstaat war darauf ausgerichtet, eine Schicksalsgemeinschaft dadurch zu institutionalisieren, daß seine Regeln für jeden Beteiligten (jeden Bürger) gleichermaßen gelten sollten, so daß die Bedürftigkeit des einen verrechnet würde mit dem Gewinn des anderen". Wie Bauman aufzeigt, gefährdet gegenwärtig der universalisierte Kapitalismus und seine ökonomische Logik pur das Solidarprinzip: "War der Aufbau des Sozialstaates der Versuch, im Dienste der moralischen Verantwortung ökonomisches Interesse zu mobilisieren, so decouvriert die Demontage des Sozialstaates das ökonomische Interesse als Instrument zur Befreiung des politischen Kalküls von moralischen Zwängen" (ebd.). Dramatische Worte wählt Bauman für das erkennbare Resultat dieses "Paradigmenwechsels": "Die gnadenlose Pulverisierung der kollektiven Solidarität durch Verbannung kommunaler Leistungen hinter die Grenzen des politischen Prozesses, die massive Freigabe der Preisbindung bei lebenswichtigen Gütern und die politisch geförderte Institutionalisierung individueller Egoismen zum letz-

ten Bollwerk sozialer Rationalität zu haben, (hat) ein veritables 'soziales München' bewirkt" (ebd.).

In Verbindung mit einer unaufhaltsamen gesellschaftlichen Individualisierungsdynamik beginnt sich zunehmend eine liberalistisch-individualistische Ethik herauszubilden, die als einziges Konstitutionsprinzip die individuellen Rechte heranzieht. Verloren zu gehen droht ein Denken, das nach den strukturellen Differenzen im Zugang zu gesellschaftlichen Chancen und Ressourcen fragt. In den sozialen Bewegungen der 60er, 70er und 80er Jahren (der Bürgerrechtsbewegung, der Studentenbewegung und der Frauenbewegung) war es ein zentrales Reformziel, die durch ethnische, soziale und geschlechtsspezifische Benachteiligungen bedingten ungleichen Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe und der persönlichen Entfaltung durch sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zu überwinden. Reformkonzepte der psychosozialen Versorgung sind in ihren Grundprinzipien von diesem Ziel bestimmt gewesen. Sie gingen von der sozial-epidemiologisch solide abgestützten Einschätzung aus, daß ohne sozialpolitische Gegensteuerung sich psychosoziale Hilfen entsprechend den sozialökonomisch ungleichen Zugangschancen zu marktvermittelten Dienstleistungen verteilen. Der eigentliche Skandal, der darin gesehen wurde, wird erst dann voll erkennbar, wenn man die Tatsache hinzunimmt, daß Menschen in sozioökonomisch unterprivilegierten Lebenslagen auch eine unverhältnismäßig höhere Last mit schweren psychosozialen Problemen zu tragen haben. Die gemeindepsychiatrischen Reformkonzepte, die in den 60er und 70er Jahren entwickelt wurden, versuchten, die Logik eines Verteilungsprozesses zu durchbrechen, der nur nach den Teilhabechancen des Marktes abläuft. Es wurde das Prinzip einer bedürfnisgerechten psychosozialen Versorgung entwickelt, das bürgerInnen- und lebensweltnah angeboten wird und allen Menschen die Chance auf fachgerechte Hilfe einräumen sollte - unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Auch wenn die Argumentation für den Auf- und Ausbau gemeindenaher psychosozialer Hilfen in sozialpolitischen und fachspezifischen Begriffen vorgetragen wurde, war sie in ihrem Kern eine ethische Argumentation. Es gibt für mich keinen überzeugenden Grund, auf dieses ethische Prinzip zu verzichten. Im Gegenteil.

Charles Taylor, einer der herausragenden Kommunitarier, hat folgende not-wendigen Grundwerte für eine demokratische Wohlfahrtsgesellschaft formuliert:

(1) *Solidarität* ist unteilbar und insofern ein einheitsstiftender Wert. Die Gesellschaftsmitglieder definieren sich als "Beteiligte am gemeinsamen Unternehmen der Wahrung ihrer Bürgerrechte". Der Antrieb dafür "kann nur aus einem Gefühl von Solidarität kommen, das die allgemeine Verpflichtung zur Demokratie übersteigt und mich mit jenen anderen, meinen Mitbürgern, verbindet" (Taylor, a.a.O., S. 14).

(2) *Partizipation* ist die zweite Grundbedingung für Demokratie. Wichtig sind hier soziale "Bewegungen, in den sich Bürger selbst organisieren, um auf den politischen Prozeß einzuwirken. (...) Diese Bewegungen erzeugen einen Sinn für zivile Macht, ein Gemeinschaftsgefühl bei der Verfolgung von Zielen" (a.a.O., S. 16). Taylor plädiert für eine "weitgespannte Vielfalt von Formen direkter Partizipation" und für die Schaffung dezentraler politischer Einheiten, die "eine Beziehung zu lebendigen Identifikationsgemeinschaften haben (müssen)" (a.a.O., S. 17).

(3) Sinn für *gegenseitigen Respekt* ist die dritte zentrale Bedingung. "Ohne diesen Respekt bliebe es unverständlich, warum das Gemeinwesen die Bürgerrechte gemeinschaftlich verteidigt. Wenn auch nur eine regional, ethnisch, sprachlich oder wie immer bestimmte Gruppe von Bürgern Anlaß zu der Annahme hat, daß ihre Interessen übergangen werden oder daß sie diskriminiert wird, ist die Demokratie in Frage gestellt." Besonders die Erfahrungen sozialer Ungleichheit bedrohen die demokratischen Grundwerte und deshalb kommt den "Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates" eine so zentrale Bedeutung zu: "Er hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Bürger sich gegenseitig eine gewisse Achtung bezeugen" (S. 18).

Diese unteilbaren Grundwerte sind in bezug auf die psychosoziale Arbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen in den Schattenzonen unserer Gesellschaft noch nicht voll realisiert und durch die gegenwärtigen Umbauprozesse unseres Sozialsystems noch mehr gefährdet. Gerade für die professionelle psychosoziale Arbeit in diesen Bereichen ist eine Zielperspektive notwendig, die in den privilegierten Bereichen unserer Gesellschaft längst gesichert gelten kann, nämlich die Anerkennung des Rechtes auf ein

Menschsein, in dem man sich als Subjekt seiner Geschicke erleben möchte.

DIE EMPOWERMENT-IDEE: GEMEINSAM(E) KRÄFTE ENTDECKEN UND FÖRDERN

Ich sehe vor allem zwei Entwicklungen und darauf bezogene Argumentationsstränge, die für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem "Empowerment"-Konzept sprechen. Sie bedürfen keines ideologischen Wärmestroms, keiner Bekenntnisse zum Fortschritt und zur Emanzipation.

(1) Der erste Strang geht von dem gesicherten Wissen aus, daß Lebensbewältigung generell, die Realisierung von Identitätsentwürfen und der Umgang mit Krisen. Krankheit und Behinderung sozialer Ressourcen bedarf, sozialer Netzwerke und Bezüge. "Gemeinsam(e) Kräfte entdecken" könnte man die Idee auch überschreiben. Das "Empowerment"-Konzept knüpft an diesem Wissensreservoir der Netzwerk- und Unterstützungsforschung an und formuliert aus diesem Wissen eine neue Perspektive professionellen Selbstverständnisses.

(2) Ein zweiter Argumentationsstrang geht von der aktuellen gesellschaftlichen Situation der "Risikogesellschaft" aus und fragt nach den durchschnittlichen Handlungsqualifikationen, die ein Subjekt benötigt, um handlungsfähig zu sein. Das (post)-moderne Subjekt wird beschrieben als individualisierte Person, die ihre eigene Lebensorganisation zu schaffen hat und sich dabei zunehmend weniger auf soziale Traditionen, Vorgaben und Regeln stützen kann. In diesem Sinne ist für jeden einzelnen ein Stück "Em-powerment" objektiv notwendig.

Die Empowerment-Perspektive bündelt wichtige Lernprozesse des letzten Jahrzehnts. Sie knüpft ein Netz von Ideen zu einer neuen Orientierung psychosozialen Handelns. Es sind vor allem die folgenden Lernprozesse:

(1) Von der Defizit- oder Krankheitsperspektive zur Ressourcen- oder Kompetenzperspektive. Das Wissen um die Stärken der Menschen und der Glaube an ihre Fähigkeiten, in eigener Regie eine lebenswerte Lebenswelt und einen gelingenden Alltag herzustellen, führt mit Notwendig-

keit zu einer anderen beruflichen Perspektive als im Falle eines professionellen Szenarios der Hilfebedürftigkeit.

(2) Nur jene Art von professionellem Angebot kann letztlich wirksam werden, das in das System des Selbst- und Weltverständnisses der KlientInnen integrierbar ist und das persönlich glaubwürdig und überzeugend vermittelt wird. Solche Einsichten führen mit Notwendigkeit zur Überwindung einer einseitigen Betonung professioneller Lösungskompetenzen und von der Orientierung an der Allmacht der Experten zu einer partnerschaftlichen Kooperation von Betroffenen und Fachleuten. Von Dauer können nur Veränderungen sein, die den Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" realisieren.

(3) Jede professionelle Aktivität, der es nicht gelingt, zur Überwindung des Erfahrungskomplexes der "gelernten Hilflosigkeit" oder "Demoralisierung" beizutragen, wird wirkungslos bleiben. Die Wirksamkeit professioneller Hilfe wird davon abhängen, ob das Gefühl gefördert werden kann, mehr Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu erlangen.

(4) Soziale Unterstützung im eigenen sozialen Beziehungsgefüge ist von großer Bedeutung bei der Bewältigung von Krisen, Krankheiten und Behinderungen sowie bei der Formulierung und Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe. Gerade die Kräfte, die durch die Vernetzung von gleich Betroffenen entstehen können, sind von besonderer Qualität.

(5) Psychosoziale Praxis läßt sich nicht in Kategorien von Widerspruchsfreiheit oder im Funktionskreis instrumentellen Denkens adäquat erfassen. Anstelle eines Diskurses, der von der Unterstellung eines hehren Allgemeinwohl ausgeht, ist es notwendig, Widersprüche, Interessenunterschiede und unterschiedliche Bedürfnisse zum Thema zu machen. Hierzu gehören auch Themen wie die Janusköpfigkeit von Hilfe und Kontrolle in allen Formen psychosozialen Handelns; die Analyse unerwünschter Nebenfolgen "für-sorglicher Belagerung" und ihrer institutionellen Eigenlogiken und schließlich auch die Anerkennung unterschiedlicher und teilweise widersprüchlicher Interessen von KlientInnen und Professionellen.

(6) Die wichtigste Erkenntnis, die auf solchen Pfaden divergenten Denkens zu gewinnen ist, ist die Einsicht in die Dialektik von Rechten und Bedürftigkeiten. Die klassische wohlfahrtstaatliche Philosophie war aus-

schließlich von einer Definition von Bedürftigkeiten und auf sie bezogener sozialstaatlicher Hilfe- oder Präventionsprogramme bestimmt. Dazu Julian Rappaport, dem wichtigsten Programmatiker der Empowerment-Idee: "Während der er-sten zwei Drittel dieses Jahrhunderts errichteten die ... Sozialpolitiker einen Apparat, um Dienste für Bedürftige bereitzustellen, ohne dabei die Gefahr der Möglichkeit des Mißbrauchs und des Verlustes von Rechten zu bedenken. In diesem Kontext standen die helfenden Berufe in vorderster Front 'selbstloser' Versorgung der Armen, Behinderten und psychisch Kranken. Wer sich in Not befand, wurde mehr oder weniger wie ein Kind behandelt, dem geholfen werden und das von der Straße ferngehalten werden mußte" (1985, S. 265). Die meisten Therapie- und Präventionsprogramme gehen - in aller Regel mit guten und nachvollziehbaren Gründen - von einer Annahme spezifischer Defizite und Bedürftigkeiten aus, die im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen verhindert, kompensiert oder verändert werden sollen. Erst in den 70er Jahren wurde - nicht zuletzt in Folge heftiger Konflikte zwischen wohlwollenden HelferInnen und zunehmend eigene Ansprüche formulierender KlientInnen - die Ebene der Rechte als unabhängiger Begründungsinstanz für Handeln oder dessen Unterlassung "entdeckt". Es war sicher kein Zufall, daß diese Entdeckung in die Zeit der sich abzeichnenden Krise des Wohlfahrtsstaates fiel. In Zeiten wachsender Sozialbudgets ist eher die Vorstellung gewachsen, daß bei uns Professionellen die Angelegenheiten der Betroffenen in guten Händen seien. Die Segnungen immer neuer Spezialprogramme und -einrichtungen ließen sich beweiskräftig so verstehen. Die von uns so bereitgestellte "fürsorgliche Belagerung" hatte eine Qualität der tendenziellen Rund-um-Versorgung, bei der der Gedanke der Einschränkung von KlientInnen-Rechten und der Kontrolle von Lebenssouveränität weniger Nahrung erhielt. Die Krise des Sozialstaats hat auch für viele Betroffene sichtbar gemacht, daß ihre Rechte keineswegs in Wohlfahrtsleistungen gesichert sind und mit deren Abbau auch gefährdet sind und eigenständig vertreten und abgesichert werden müssen. Rappaport bringt die beiden Sichtweisen auf die Formel von "Kinder in Not" oder "Bürger mit Rechten". Es handelt sich nicht um Entweder-oder-Perspektiven, sie müssen in dem Spannungsverhältnis, in dem sie zueinanderstehen, erhalten bleiben. Gerade an der Reaganschen Kahlschlagpolitik im Sozialbereich kann das aufgezeigt werden. Sie hat sich gerne mit Schlagworten wie Bürgerrechte oder "Freiheit" vom Staat drapiert und gleichzeitig wohlfahrtsstaatliche Leistungen abgebaut. Dazu bemerkt

Rappaport treffend: "Rechte ohne Ressourcen zu besitzen, ist ein grausamer Scherz" (S. 268).

An diese Überlegungen anschließend gibt Rappaport seine zentrale Erläuterung der Empowerment-Idee und wir sehen, daß darin eine Reihe der Erkenntnisknoten auftauchen, die ich zusammengetragen habe:

"Unter 'empowerment' verstehe ich, daß es unser Ziel sein sollte, für Menschen die Möglichkeiten zu erweitern, ihr Leben zu bestimmen. Damit werden wir notwendigerweise sowohl unser politisches als auch unser Rollenverständnis bezüglich bedürftiger Menschen in Frage stellen. Wir können uns nicht mit einer Sozial- und Gesundheitspolitik zufriedengeben, die uns darauf beschränkt, spezielle Programme für soziale Einrichtungen zu entwerfen und durchzuführen. Es wird darum gehen, daß die Form und die Art der Integration ebenso wie der Inhalt mit 'empowerment' konsistent ist. Mit dem Konzept 'empowerment' können wir nicht länger Menschen einfach als 'Kinder in Not' oder als 'Bürger mit Rechten' sehen, sondern vielmehr als vollwertige menschliche Wesen, die sowohl Rechte als auch Bedürfnisse haben. Wir müssen uns mit dem Widerspruch auseinandersetzen, daß selbst Menschen mit wenigen Fähigkeiten oder in extremen Krisensituationen, genauso wie jeder von uns, eher mehr als weniger Kontrolle über ihr eigenes Leben brauchen. Das heißt nicht notwendigerweise, daß wir deren Bedürfnisse nach Hilfe vernachlässigen, wenn wir für mehr Selbstbestimmung votieren. 'Empowerment' ist eine Denkweise, die mehr Klarheit über die divergente Natur sozialer Probleme bringt" (S. 269).

SCHLUSSGEDANKE: QUALITÄT DURCH EMPOWERMENT UND PARTIZIPATION

Auf einer Tagung von Klinischen PsychologInnen in der Psychiatrie des Landschaftsverbandes Rheinland hat Wolfgang Voelzke, Psychiatrie-Erfahr-ener aus Bielefeld, eine sehr klare Position zu unserem Tagungsthema formuliert. In seiner Einleitung heißt es: „Sie merken vielleicht, daß ich nicht den Begriff der *NutzerInnen* verwandt habe, weil er den *Menschen* auf betriebswirtschaftliche Steuergrößen reduziert, es in der Psychiatrie selten eine echte Wahlmöglichkeit gibt und vor allem die *persönliche Begegnung*, die Basis jeder psychologischen Behandlung ist, damit ausgeblendet wird. Viele fühlen sich in der Psychiatrie weniger als

‘Nutzer’ als vielmehr benutzt. (...) Egal ob *Diagnosen* erstellt und entsprechende *Therapien* verordnet und durchgeführt werden, ob *Defizite*, Problemlagen oder Bedürfnisse festgestellt und dazu *adäquate* psychosoziale *Dienstleistungen* zur Lösung oder Besserung erbracht werden, immer haben Betroffene weitestgehend eine passive Rolle im Rahmen einer Über- bzw. Unterordnungsverhältnisses einzunehmen und auf die *Problemdefinitionen* und *Hilfen durch Profis* zu warten. Die Rolle der Betroffenen und die Machtverteilung erreichen nie die Qualität einer echten Partnerschaft. Dies muß sich ändern!“ (S. 5f.). Und schließlich fordert Wolfgang Voelzke: „Begriff und Methoden der *Qualitätssicherung* gewinnen in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. PsychologInnen sollten dabei auf wirkliche Qualität achten und darauf, daß *gleichberechtigte Beteiligung* und *Mitbestimmung von Betroffenen*, echte Partizipation von Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen in ihrem Bereich umgesetzt werden. Dazu sollten sie Psychiatrie-Erfahrene in ihre Arbeitsgruppen zur Qualitätssicherung einladen, damit die Betroffenen ihre Bedürfnisse und Forderungen unmittelbar darlegen können“ (ebd., S. 14).

Gerade für die psychosozialen Professionellen, die sich als Teil der Reformbewegung des psychosozialen Feldes verstehen, ist dies der wichtigste Lernprozeß der letzten Jahren. Wir haben kein Recht für die Betroffenen unserer Handlungen zu definieren, was für sie gut und qualitativ ist. Dieses Handeln im „wohlverstandenen Interesse“, auch das rein „anwaltschaftliche Handeln“ birgt die Gefahr der Bevormundung, der „fürsorglichen Belagerung“. Notwendig ist vielmehr eine Perspektive, die Lebenssouveränität und den „aufrechten Gang“ fördern, also eine Empowerment-Perspektive und die ist ohne weitestgehende Einbeziehung der Betroffenen nicht vorstellbar.

LITERATUR

- Arendt, Hannah: *Viva activa*. München: Piper 1992.
 Aronowitz, Stanley & Cutler, Jonathan (Hg.): *Post-Work. The wages of cybernation*. New York/London: Routledge 1998.
 Basaglia, Franco & Basaglia-Ongaro, Franca (Hg.): *Befriedungsverbrechen. Über die Dienstbarkeit der Intellektuellen*. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1980.
 Bauman, Zygmunt: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Hamburg: Junius 1992.
 Bauman, Zygmunt: *Wir sind wie Landstreicher. Die Moral im Zeitalter der Beliebigkeit*. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 16./17. November 1993.
 Bauman, Zygmunt: *Zeit des Recycling: Das Vermeiden des Festgelegte-Seins. Fitneß als Ziel*. In: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, Heft 74/75, Vol. 19, 1995, S. 7 - 24.

- Bayerischer Landesverband für Wanderdienst, München (Hg.): Der nicht-seßhafte Mensch. Ein Beitrag zur Neugestaltung der Raum- und Menschenordnung im Großdeutschen Reich. München: C.H.Beck 1938.
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt: Suhrkamp 1986.
- Böhnisch, Lothar: Gespaltene Normalität. Lebensbewältigung und Sozialpädagogik an den Grenzen der Wohlfahrtsgesellschaft. Weinheim/München: Juventa 1994.
- Bosshart, David: Die Neuerfindung des Menschen. In: TopTrends. Die wichtigsten Trends für die nächsten Jahre. Düsseldorf: Metropolitan Verlag 1995, S. 139 - 165.
- BUND & Misereor (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel: Birkhäuser 1996.
- Dettling, Warnfried: Politik und Lebenswelt. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1995.
- Etzioni, Amitai (Hg.): Rights and the common good. The communitarian perspective. New York: St.Martin's Press 1995.
- Etzioni, Amitai: Jenseits des Egoismus-Prinzips. Stuttgart: Schäffer-Poeschel 1994.
- Etzioni, Amitai: The spirit of community. The reinvention of American society. New York: Touchstone 1993.
- Frankenberg, Günter: Solidarität in einer "Gesellschaft der Individuen"? Stichworte zur Zivilisierung des Sozialstaats. In: G.Frankenberg (Hg.): Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft. Frankfurt: Fischer 1994, S. 210 - 223.
- Geislinger, Rosa (Hg.): Experten in eigener Sache. Psychiatrie, Selbsthilfe und Modelle der Teilhabe. München: ZENIT 1998.
- Giddens, Anthony: Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt: Suhrkamp 1997.
- Heinze, Rolf & Keupp, Heiner: Gesellschaftliche Bedeutung von Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Gutachten für die "Kommission für Zukunftsfragen" der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bochum/München 1997.
- Hengsbach, Friedhelm & Möhring-Hesse, Matthias (Hg.): Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Frankfurt: Fischer 1995.
- Keupp, Heiner: Ermutigung zum aufrechten Gang. Tübingen: dgvt 1997. Körber-Stiftung (Hrsg.). Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? 13./14.11.1993.
- Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität - eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung in Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt: Campus 1985.
- Marbach, Jan H. & Mayr-Kleffel, Verena: Soweit die Netze tragen ... Familien und soziales Umfeld. In Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Wie geht's der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute. München: Kösel 1988.
- Polligkeit, Wilhelm: Die Haltung der Volksgemeinschaft gegenüber dem nichtseßhaften Menschen. Bayerischer Landesverband für Wanderdienst (Hg.), S. 17 - 48.
- Putnam, Robert D.: Bowling alone: America's declining social capital. In: Journal of Democracy, 6, 1995, S. 65 -78.
- Rappaport, Julian: In praise of paradox: A social policy of empowerment over prevention. In: American Journal of Community Psychology, 9, 1981, S. 337 - 356 deutsch: Ein Plädoyer für die Widersprüchlichkeit. In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, 17, 1985, S. 257 - 278).
- Rorty, Richard: Hoffnung statt Erkenntnis. Eine Einführung in die pragmatische Philosophie. Wien: Passagen 1995.
- Ruesch, Jürgen: Die soziale Unfähigkeit. Das Problem der Fehlanpassung in der Gesellschaft. In: F.Basaglia & F.Basaglia Ongaro (Hg.): Die abwei-

- chende Mehrheit. Die Ideologie der totalen sozialen Kontrolle. Frankfurt: Suhrkamp 1972, S. 79 - 99.
- Ruesch, Jürgen & Bateson, Gregory: Kommunikation. Die soziale Matrix der Psychiatrie. Heidelberg: Carl Auer 1995.
- Schulze, Gerhard: Kontrapunkt: Armut in der Kultur des Reichtums. In: F.Hengsbach & M.Möhring-Hesse (Hg.): Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Frankfurt: Fischer 1995, S. 52 - 66.
- Sennett, Richard: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berlin Verlag 1998.
- Taylor, Charles: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie? In: Transit, 5, 1993, S. 5 - 20.
- Trojan, A.& Stumm, B. (Hg.): Gesundheit fördern statt zu kontrollieren. Frankfurt: Fischer 1992.
- Voelzke, Wolfgang: Psychotherapeutische Behandlung in der psychiatrischen Versorgung aus der Sicht Psychiatrie-Erfahrener. Vortrag bei der 10. Jahrestagung der Klinischen Psychologen/-innen des Landschaftsverbandes Rheinland am 30.10.1997.
- Walzer, Michael: Moralischer Minimalismus. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 42, 1994, S. 3 - 13.
- Werner, Gisela: Selbsthilfe und Psychiatrie in der solidarischen Bürgergesellschaft. In: R.Geislinger (Hg.): Experten in eigener Sache. Psychiatrie, Selbsthilfe und Modelle der Teilhabe. München: ZENIT 1998, S. 205 - 210.